



SOLOTHURN

KANTON, STADT UND REGION

Mehr Raum soll Emme bändigen

Abstimmung Keine Opposition gegen den Hochwasserschutz am Unterlauf des Flusses

VON BASTIAN HEINIGER

Nun soll auch zwischen dem Biberister Wehr und der Zuchwiler Aaremündung die Emme sicherer werden. Und attraktiver. Am 28. Februar entscheiden die Stimmbürger des Kantons über einen Verpflichtungskredit für das Projekt «Hochwasserschutz und Revitalisierung Emme». Dies wäre die Ergänzung zur 2012 abgeschlossenen Sanierung und Revitalisierung des oberen Emme-Abschnitts zwischen Biberist und Gerlafingen. Damit wäre dann der Hochwasserschutz entlang der gesamten Solothurner Emme gewährleistet. Bei einem Ja würden bereits im März erste Bauarbeiten beginnen. Vollständig abgeschlossen wäre die Sanierung voraussichtlich 2022.

Politischen Widerstand gibt es bisher nicht: Der Kantonsrat hat der Vorlage im September einstimmig zugestimmt. Doch warum scheint das Projekt so unbestritten? Immerhin geht es um Kosten von fast 19 Millionen Franken. Die fünf wichtigsten Fragen:

1 Warum braucht es den Hochwasserschutz beim unteren Emme-Abschnitt?

Die Verbauungen des 4,8 Kilometer langen Abschnitts stammen aus dem vorletzten Jahrhundert. Laut Abstimmungsvorlage sind diese stark baufällig und erfüllen ihre Schutzfunktion nicht mehr. Das hätten die beiden Hochwasser 2005 und 2007 gezeigt. Starke Überschwemmungen konnten damals nur dank den örtlichen Wehrkräften verhindert werden. Die betroffenen Gemeinden forderten danach Massnahmen.

Wo aber besteht überhaupt Überschwemmungsgefahr? Laut Projektleiter Roger Dürrenmatt vom kantonalen Amt für Umwelt seien etwa das Zuchwiler Galli-Areal gefährdet sowie das Biberister Giriz- und das Neuquartier.

2 Was soll genau gebaut werden?

Die Emme wird breiter. Das heutige Flussbett ist etwa 25 Meter breit, neu würde es auf mindestens 40 Meter erweitert, an einigen Stellen sogar bis auf 60 Meter. Der Fluss hat sodann mehr Platz und kann je nach Wassermenge seinen eigenen Weg durch das breitere Flussbett bilden. Zusätzlich sollen Dämme und Ufermauern die Siedlungsgebiete schützen. Und: Damit sich bei Brücken nicht Schwemmholz ansammelt, wird entweder das Vorland abgesenkt oder die Brücke verschalt.

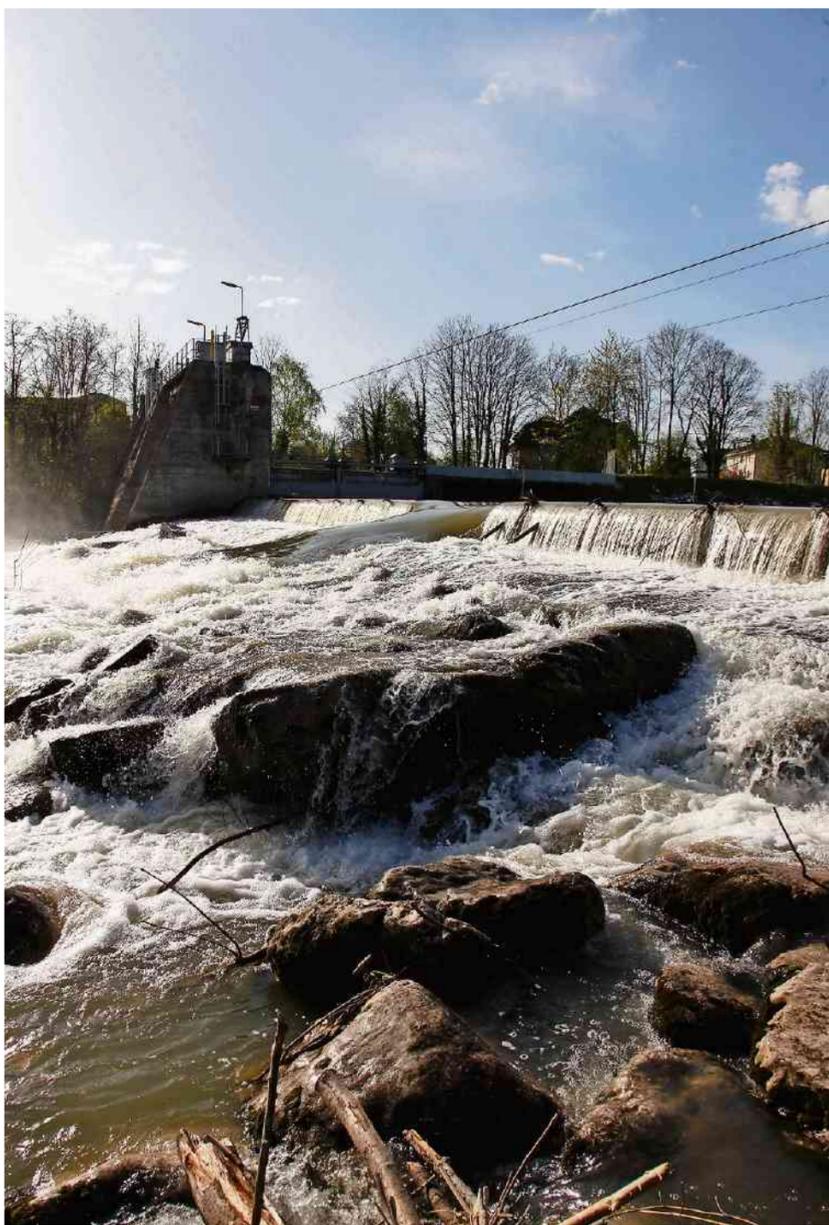
Dank den geplanten Massnahmen soll selbst ein Hochwasser, das nur alle hundert Jahre eintritt, keinen Schaden mehr anrichten. 2014 wurde der bereits sanierte obere Abschnitt auf die Probe gestellt. Damals überraschte eine Flutwelle das Emmental - ein Jahrhunderthochwasser. Auf Solothurner Boden sei es zwar nur ein zehnjähriges Ereignis gewesen, sagt Dürrenmatt. «Doch die

73

Millionen Franken kosten der verbesserte Hochwasserschutz und die Renaturierung der Emme, zwischen dem Wehr Biberist und der Flussmündung in die Aare am Emmespitz. **Für den Kanton Solothurn selber fallen Kosten von knapp 19 Mio. Franken an.** Den Rest finanzieren Beiträge des Bundes (36 Mio.), aus dem kantonalen Altlastenfonds (8,3 Mio.), der Anstössergemeinden (7 Mio.) und Dritter (1,8 Mio.).

«Wir hoffen auf die Solidarität. Erstens sind die betroffenen Gemeinden heute ungenügend vor Hochwasser geschützt. Und zweitens wird das Naherholungsgebiet aufgewertet.»

Roger Dürrenmatt vom kantonalen Amt für Umwelt



Ab hier, unterhalb des Stauwehrs in Biberist (im Bild) bis zur Einmündung der Emme in die Aare beim Emmespitz, soll der Hochwasserschutz verbessert werden. HANSPETER BÄRTSCHI

Schutzmassnahmen haben ihre Wirkung bewiesen.»

3 Wieso wird die Umgebung dank der Sanierung attraktiver?

Da die Emme um 18 Prozent verbreitert werde, sei der Flusslauf nicht mehr so monoton wie jetzt, sagt Dürrenmatt. «Der Fluss ist dann lebendiger und die Umgebung vielfältiger.» Aus dem kanalartigen Flussbett entsteht ein breiterer Fluss mit Überflutungsflächen und besserem Zugang zum Wasser. Zudem sorgen Rohdungen für eine bessere Sicht auf die Emme.

4 Inwiefern profitiert die Umwelt davon?

Durch die erhöhte Strömungsvielfalt und den neuen Flächen entstehen laut Projektbeschreibung «vielfältige, dy-

namische Lebensräume, die für viele Tier- und Pflanzenarten im und am Wasser lebenswichtig sind». Uferzonen und Auenbereiche fördern die Biodiversität. Zudem wird der Gewässerraum von sanierungsbedürftigen Altlasten befreit. Entfernt werden die Bioschlammdeponie Biberist sowie die ehemaligen Kehrichtdeponien Schwarzweg Derendingen und Rüti Zuchwil.

5 Wie soll all das finanziert werden?

Insgesamt kostet das Projekt über 73 Millionen Franken. So tief muss der Kanton aber nicht in die Tasche greifen. Der Bund beteiligt sich mit insgesamt 36 Millionen, und zwar für die Altlastensanierung und den Wasserbau. Zusätzliche Gelder kommen vom kantonalen Altlastenfonds, der

8,3 Millionen beisteuert, und den Anstössergemeinden mit fast 7 Millionen. Durch Dritte kommen nochmals 1,8 Millionen zusammen. Letztlich müsste der Kanton somit noch die knapp 19 Millionen übernehmen. Weitaus teurer wäre womöglich der Schaden bei einem hundertjährigen Hochwasser: Kommunale Gefahrenkarten beziffern das Schadenspotenzial bei einem solchen Ereignis auf 55 Millionen.

Bleibt letztlich nur noch die Frage, wieso Stimmbürger aus dem Schwarzbubenland oder dem unteren Kantonsteil zur Vorlage Ja sagen sollten. Dürrenmatt: «Wir hoffen auf die Solidarität. Erstens sind die betroffenen Gemeinden heute ungenügend vor Hochwasser geschützt. Zweitens wird das Naherholungsgebiet aufgewertet.»

Katholische Synode Appell an die Kirchgemeinden

Die römisch-katholische Synode des Kantons Solothurn ruft die Kirchgemeinden auf, die Behörden im Asyl- und Flüchtlingsbereich zu unterstützen. Gemeinsam mit den Verantwortlichen der Caritas Solothurn und dem Bischofsvikariat St. Verena hat Synodalratspräsidentin Bernadette Rickenbacher im Januar einen Brief verfasst. Darin bittet sie die Kirchgemeinden, «sich bei abzeichnenden Möglichkeiten mit den zuständigen Behörden in Verbindung zu setzen». Bischof Felix Gmür habe mit der Aufnahme von 12 Flüchtlingen am Bischofssitz bereits ein positives Zeichen gesetzt, heisst es im Schreiben. «Wir wollen keine aktive Asylpolitik betreiben, aber der christlichen und schweizerischen humanitären Tradition folgend, Asylsuchende menschenwürdig bei uns aufnehmen», steht im Schreiben.

Caritas, Bischofsvikariat und Synode haben ebenfalls einen Flyer gestaltet, der aufzeigt, was Interessierte im Kanton Solothurn für Asylsuchende tun können. «Wir haben gemerkt, dass die Leute etwas tun möchten», sagt Rickenbacher. Sie hofft, dass es dank des Flyers, der auf der Homepage der Synode abrufbar ist, einfacher zu Unterstützung kommt. Der Flyer listet etwa auf, wo man Asylsuchende zum Kontaktaustausch treffen kann oder wo Sach- und Geldspenden gut aufgehoben sind. Ob und was allenfalls der Brief ausgelöst hat, kann Synodalratspräsidentin Rickenbacher derzeit noch nicht sagen. Sie will an der Synodalversammlung am 5. März nochmals einen Aufruf starten und hofft, danach eine positive Bilanz ziehen zu können. (LPH)

Neuer Gotthard-Basistunnel Preispläne der SBB sind «Tabubruch»

Dass die SBB für die Reise durch den neuen Gotthard-Basistunnel einen «moderaten Distanzzuschlag» erheben wollen (wir berichteten), stösst der Interessengemeinschaft öffentlicher Verkehr Schweiz IGÖV sauer auf. In einer Medienmitteilung verwahrt sich IGÖV-Präsidentin und Nationalrätin Bea Heim (SP, Solothurn) gegen diesen «Tabubruch der SBB». Dieser öffne «Tor und Tür zu weiteren Preiserhöhungen für Neubausrecken», was «klar ein Widerspruch zur Verlagerungs- und Umweltpolitik» sei. Damit werde riskiert, dass Bahnreisende wieder aufs Auto umsteigen würden. «Zuerst bezahlen wir mit Steuergeldern den Gotthard-Basistunnel. Und jetzt noch höhere Billettpreise für die Durchfahrt?», fragt sich die IGÖV. «So kann man mit dem Volk nicht umspringen. Eigentlich müssten die Preise sogar sinken, weil die Produktionskosten sinken werden.» Dem Projekt sei zugestimmt worden, «weil die Fahrt sicherer und schneller wird». (SZR)

INSERAT

Das Solothurner Komitee sagt NEIN zur Durchsetzungsinitiative

Weil sich die Schweiz ins Abseits stellt

Die Ängste in der Bevölkerung sind berechtigt. Aber die Durchsetzungsinitiative überspannt den Bogen. Die Initiative setzt das Ansehen der Schweiz aufs Spiel. Wir wollen keine kurzfristige Machtpolitik auf Kosten von Stabilität und Wohlstand.

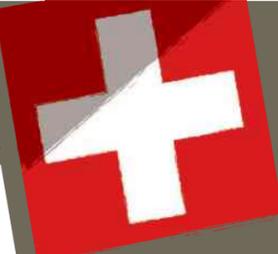
Weil die Initiative der Wirtschaft schadet

Die Initiative schafft massive und anhaltende Rechtsunsicherheit und verletzt bewusst internationale Verträge. Das schwächt unseren Wirtschaftsstandort. Insbesondere die bilateralen Verträge sind bei einer Annahme stark gefährdet.

Weil ein strenges Gesetz besteht

Nationalrat und Ständerat haben die Ausschaffungsinitiative fristgerecht und streng umgesetzt. Sobald die Durchsetzungsinitiative abgelehnt ist, tritt das verschärfte Strafgesetz in Kraft und entfaltet seine Wirkung.

DURCHSETZUNGS
INITIATIVE
NEIN



Abstimmung
28. Februar 2016